



BERENBERG

PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Volkswirtschaft, 24.04.2023

Makroausblick 2023

Jan | Feb | Mrz | **Apr** | Mai | Jun | Jul | Aug | Sep | Okt | Nov | Dez



Wichtige Informationen und Hinweise



BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Bei dieser Information handelt es sich um eine Marketingmitteilung. Bei diesem Dokument und bei Referenzen zu Emittenten, Finanzinstrumenten oder Finanzprodukten handelt es sich nicht um eine Anlagestrategieempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 34 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 oder um eine Anlageempfehlung im Sinne des Artikels 3 Absatz 1 Nummer 35 der Verordnung (EU) Nr. 596/2014 jeweils in Verbindung mit § 85 Absatz 1 WpHG. Als Marketingmitteilung genügt diese Information nicht allen gesetzlichen Anforderungen zur Gewährleistung der Unvoreingenommenheit von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen und unterliegt keinem Verbot des Handels vor der Veröffentlichung von Anlageempfehlungen und Anlagestrategieempfehlungen. Diese Information soll Ihnen Gelegenheit geben, sich selbst ein Bild über eine Anlagemöglichkeit zu machen. Es ersetzt jedoch keine rechtliche, steuerliche oder individuelle finanzielle Beratung. Ihre Anlageziele sowie Ihre persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Wir weisen daher ausdrücklich darauf hin, dass diese Information keine individuelle Anlageberatung darstellt. Eventuell beschriebenen Produkte oder Wertpapiere sind möglicherweise nicht in allen Ländern oder nur bestimmten Anlegerkategorien zum Erwerb verfügbar. Diese Information darf nur im Rahmen des anwendbaren Rechts und insbesondere nicht an Staatsangehörige der USA oder dort wohnhafte Personen verteilt werden. Diese Information wurde weder durch eine unabhängige Wirtschaftsprüfungsgesellschaft noch durch andere unabhängige Experten geprüft. Die in diesem Dokument enthaltenen Aussagen basieren entweder auf eigenen Quellen des Unternehmens oder auf öffentlich zugänglichen Quellen Dritter und spiegeln den Informationsstand zum Zeitpunkt der Erstellung der unten angegebenen Präsentation wider. Nachträglich eintretende Änderungen können in diesem Dokument nicht berücksichtigt werden. Angaben können sich durch Zeitablauf und/oder infolge gesetzlicher, politischer, wirtschaftlicher oder anderer Änderungen als nicht mehr zutreffend erweisen. Wir übernehmen keine Verpflichtung, auf solche Änderungen hinzuweisen und/oder eine aktualisierte Information zu erstellen. Frühere Wertentwicklungen sind kein verlässlicher Indikator für die künftige Wertentwicklung.

Zur Erklärung verwendeter Fachbegriffe steht Ihnen auf www.berenberg.de/glossar ein Online-Glossar zur Verfügung.

Datum: 24.04.2023

- **Konjunktur und Wachstum:** Der Russland-Ukraine-Krieg und die damit einhergehende Energiekrise haben noch immer Einfluss auf den Konjunkturausblick. Er trägt zur hohen Inflation bei. Die Sanktionen gegen Russland haben sich als zweischneidiges Schwert erwiesen, weil sie in Europa zu einer ausgeprägten Energiekrise geführt haben. Insgesamt hat der Krieg aber den ganz großen Schrecken für die Konjunktur verloren. Der wirtschaftliche Absturz ist im Winter 2022/23 ausgeblieben, die Energieversorgung blieb gesichert. Auch an anderer Stelle gibt es Entspannung: Die rigide Corona-Politik der chinesischen Regierung hatte die Weltwirtschaft lange belastet. Ende 2022 hat China aber seine strikte Politik beendet. Die Lieferkettenstörungen sind weitgehend beseitigt. In dieser Gemengelage könnte es bei einem Abschwung ohne Rezessionen bleiben.
- **Inflation:** Der Russland-Ukraine-Krieg hat die Lage bei den Energiepreisen zeitweilig drastisch verschärft, sodass der allgemeine Preisauftrieb anhält. Inzwischen nimmt die Aufwärtsdynamik diesseits und jenseits des Atlantiks aber ab („Disinflation“). Doch selbst nach einem Abflauen der Inflation dürfte die Teuerung nicht auf das sehr niedrige Niveau der 2010er Jahre zurückkehren. Strukturelle Gründe wie die stärkere Bepreisung von CO₂-Emissionen und die zunehmende Knappheit von Arbeitskräften (steigender Lohndruck) sprechen für anhaltend höhere Inflationsraten.
- **Geldpolitik:** Die aktuell hohe Inflation hat die Zentralbanken zur geldpolitischen Wende gezwungen – trotz der negativen konjunkturellen Folgen des Krieges. Die großen Zentralbanken haben die Zinswende mit zeitweilig relativ großen Schritten umgesetzt. Zuletzt haben sie das Tempo der geldpolitischen Straffung allerdings etwas reduziert.
- **Zinsen:** Schon lange gab es Gründe für eine Trendwende bei den Kapitalmarktzinsen. Bis 2021 haben die Zentralbanken mit ihren Anleihekäufen die Zinswende aber noch verhindert. Da sich die Währungshüter angesichts der gestiegenen Inflationsraten aus den Anleihemärkten zurückziehen, sind die Marktzinsen – von temporären Rücksetzern unterbrochen – im vergangenen Jahr in die Höhe geschossen. In dem nun eingetrübten konjunkturellen Umfeld sind weiter steigenden Zinsen aber enge Grenzen gesetzt. Zudem drücken die aktuellen Probleme im Bankensektor tendenziell auf das Zinsniveau.

Ausgaben für den Klimaschutz schränken Konsummöglichkeiten ein

Das Gebäudeenergiegesetz der Bundesregierung schlägt hohe Wellen. Im Zentrum des ökologischen Umbaus der deutschen Gesellschaft steht derzeit die sogenannte Wärmewende. Der Koalitionsausschuss der Bundesregierung hat Ende März beschlossen, „...dass ab dem 1. Januar 2024 möglichst jede neu eingebaute Heizung zu 65 Prozent mit Erneuerbaren Energien“ betrieben werden soll. Minister Habeck hat letzten Mittwoch (19. April) den Entwurf des Gebäudeenergiegesetzes präsentiert, der noch vor der Sommerpause durch den Bundestag gebracht werden soll. Die Koalitionspartei FDP hat Vorbehalte angemeldet und setzt auf Änderungen durch den Bundestag. Allem Anschein nach läuft es aber trotz einiger kleinerer Ausnahmen darauf hinaus, dass ab 2024 faktisch kaum noch neue Gas- und Ölheizungen mehr eingebaut werden und die Wärmepumpe zur dominierenden Heizungsart wird. Die Wärmepumpe ist in der Anschaffung nicht nur deutlich teurer als die bisher beliebten Gasheizungen, sie erfordert auch eine energieeffiziente Bauweise. Somit werden in vielen Altbauten teure Sanierungsmaßnahmen nötig.

Die gesamtwirtschaftlichen Effekte der Maßnahmen dürften überschaubar bleiben, denn das Geld, das für den Klimaschutz ausgegeben wird, fehlt den Bürgern (und Unternehmen) an anderer Stelle. Hinzu kommt, dass das Wachstumspotential Deutschlands in den nächsten Jahr deutlich sinken wird. Die Forschungsinstitute haben in ihrem Frühjahrgutachten darauf hingewiesen, dass das Arbeitsvolumen sinkt (vor allem wegen der erhöhten Neigung zur Teilzeitarbeit und wegen des bevorstehenden Renteneintritts der Babyboomer). Ob ausreichend Handwerker für den ökologischen Umbau gefunden werden können, ohne dadurch Knappheiten in anderen Arbeitsmarktsegmenten auszulösen, wird sich zeigen müssen.

Wichtige Termine: 24.-30. April 2023

		Datum	Prognose	Konsens	Letzter Wert
BIP, Q1 (ggü. Vorjahr)	Deutschland	28.04., 10:00	0,2 %	0,1 %	-0,4 %
BIP, Q1 (ggü. Vorquartal)	Eurozone	28.04., 11:00	0,2 %	0,1 %	0,0 %
Inflation (HVPI), April	Deutschland	28.04., 14:00	7,6 %	7,7 %	7,8 %

Eurozone

Die Inflation in der Eurozone ist im März von 8,5 % auf 6,9 % im Februar gesunken und liegt damit unter der Reuters Konsenserwartung von 7,1 %. Der Rückgang ist vor allem auf die Basiseffekte der Energiepreise zurückzuführen. Diese sind im März von 13,7 % im Februar auf 0,9 % gefallen.

Die Inflationsraten sind in nahezu allen Mitgliedsstaaten zurückgegangen. In Spanien war der Rückgang von 6 % im Februar auf 3,1 % im März besonders groß. In Frankreich hingegen ist die Inflation nur von 7,3 % auf 6,6 % gesunken – allerdings können die gesunkenen Energiepreise auch nur begrenzt wirken, weil Frankreich sie schon früh gedeckelt hat.

USA

Hartnäckige Inflation, ein robuster Arbeitsmarkt und ein vergleichsweise moderater Abschwung: die US-Notenbank Fed ist prinzipiell gefordert, die Geldpolitik weiter zu straffen. Kurzfristig wird die gesamtwirtschaftliche Lage aber noch beeinträchtigt von den Problemen im Bankensektor. Die Sorge vor einem Übergreifen der Krise ist noch nicht aus der Welt. Deshalb wird die Notenbank ihre Geldpolitik sorgsam gestalten und vorerst den Fokus darauf richten, das Finanzsystem nicht weiter zu stressen.

Deutschland

Der ifo Geschäftsklimaindex ist aufgrund verbesserter Erwartungen im April von 93,2 Punkten im März auf 93,6 Punkte gestiegen. Im Verarbeitenden Gewerbe ist der Index leicht gestiegen, allerdings wurden die laufenden Geschäfte der Unternehmen deutlich schlechter bewertet. Im Dienstleistungssektor und im Handel ist der Index hingegen gesunken. Damit endet im Dienstleistungssektor die Aufwärtsbewegung der letzten Monate und die Erwartungen für die kommenden Monate haben sich erstmals verschlechtert. Im Bauhauptgewerbe haben sich die Erwartungen verbessert, die Lage bleibt aber eingetrübt.

China

Das BIP lag im ersten Quartal um 4,5 % höher als im ersten Quartal 2022. Damit hat sich das Wachstum deutlich beschleunigt (Q4/2022: +2,9 %). Besonders positiv entwickelte sich der Dienstleistungssektor – kein Wunder, nachdem das No-Covid-Regime beendet wurde.

Auf längere Sicht drohen einige Herausforderungen: Chinas Rolle bei der internationalen Arbeitsteilung dürfte sinken. Finanzielle Probleme im überschuldeten Immobiliensektor belasten. In Zukunft wird das Wachstum deutlich geringer sein als vor der Pandemie. Kurzfristig dürfte China von der Öffnung nach den Corona-Lockdowns profitieren. Danach sind die Risiken aber eher nach unten gerichtet.

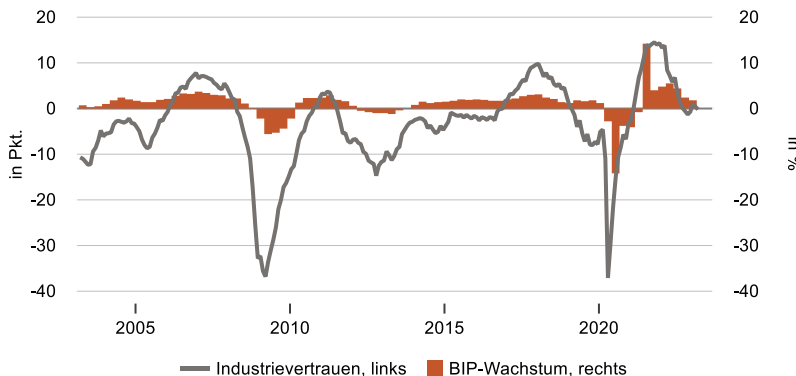
Eurozone

Konjunktur- und Preisentwicklung

Verbesserte Konjunkturaussichten

- Der Einkaufsmanagerindex ist auch im April gestiegen – von 53,7 Punkten auf 54,4 Punkte. Damit wurden die Analystenerwartungen übertroffen. Die positiven Daten sind insbesondere auf den Dienstleistungssektor zurückzuführen. Im Verarbeitenden Gewerbe ist die Lage noch rückläufig.
- Ende dieser Woche werden die BIP-Daten für das erste Quartal veröffentlicht. Neben den BIP-Zahlen für die gesamte Eurozone stehen die Daten für Deutschland und Frankreich im Fokus. Es sieht danach aus, dass die Wirtschaft im ersten Quartal ganz leicht wachsen konnte.

Eurozone BIP-Wachstum und Industrievertrauen



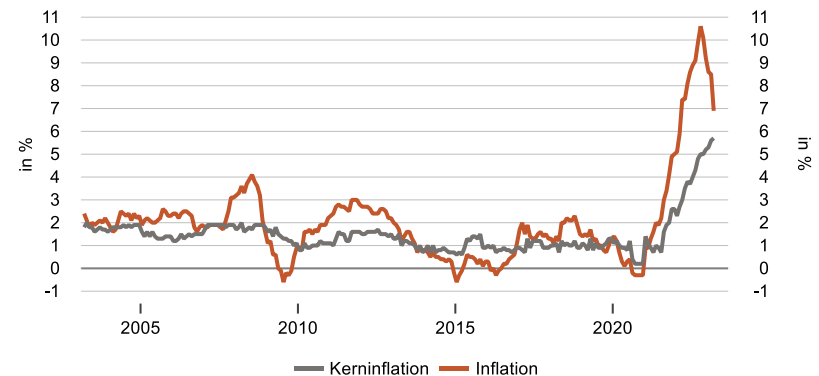
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 03/2003 – 03/2023

Basiseffekte senken die Inflationsraten

- Seit dem Höhepunkt der Inflation im Oktober von 10,6 % ist die Inflation auf 6,9 % im März gesunken und liegt damit unter der Reuters Konsenserwartung von 7,1 %. Die Inflationsraten sind in nahezu allen Mitgliedsstaaten zurückgegangen, in Spanien war der Rückgang von 6 % im Februar auf 3,1 % im März besonders groß. Der Rückgang ist vor allem auf die Basiseffekte der Energiepreise zurückzuführen. Diese sind im März von 13,7 % im Februar auf 0,9 % gefallen.
- Kommenden Freitag werden die April-Inflationsdaten für Deutschland veröffentlicht. Die Zahlen dürften ganz leicht rückläufig sein.

Eurozone Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 03/2003 – 03/2023

Deutschland

Konjunktur- und Preisentwicklung

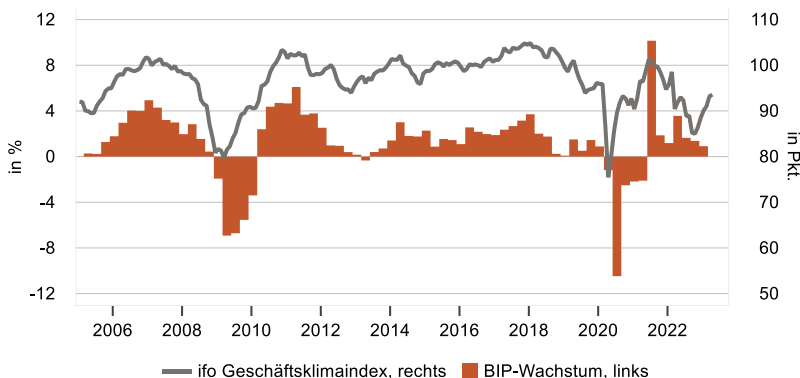


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

ifo-Index erneut gestiegen

- Der ifo Geschäftsklimaindex ist aufgrund verbesserter Erwartungen im April von 93,2 Punkten im März auf 93,6 Punkte gestiegen. Im Verarbeitenden Gewerbe ging es leicht bergauf, allerdings wurden die laufenden Geschäfte der Unternehmen deutlich schlechter bewertet. Im Dienstleistungssektor und im Handel ist der Index hingegen gesunken. Damit endet im Dienstleistungssektor die Aufwärtsbewegung der letzten Monate und die Erwartungen für die kommenden Monate haben sich erstmals verschlechtert.
- Im Bauhauptgewerbe haben sich die Erwartungen verbessert und der Geschäftsklimaindex ist trotz der aktuell schwachen Lage gestiegen.

Deutsches BIP und ifo Geschäftsklima



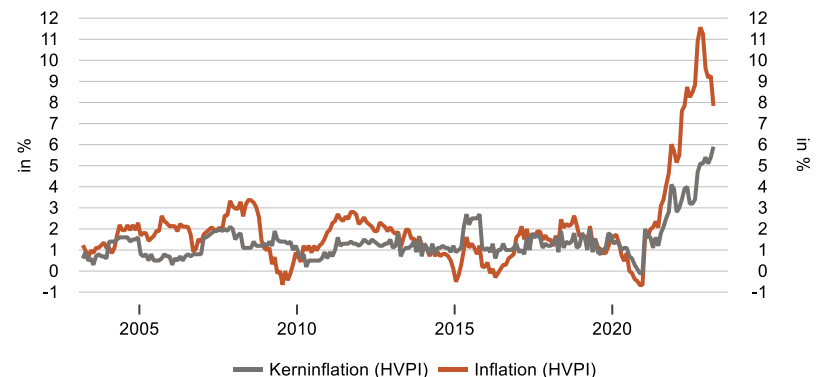
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 04/2006 – 04/2023

Hoher Tarifabschluss im öffentlichen Dienst

- Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst erhalten eine steuer- und abgabenfreie Inflationsausgleichszahlung in Höhe von 3.000 Euro. Zudem steigen die Einkommen ab dem 1. März 2024 um einen Sockelbetrag von 200 Euro plus einer Lohnerhöhung von 5,5 %.
- Mit dem großen, dauerhaft tabellenwirksamen Anstieg im kommenden Jahr zeigt sich erstmals ein nennenswerter Zweitrundeneffekt. Auch wenn der direkte Einfluss auf die EZB-Politik begrenzt sein dürfte, liefert die Tarifeinigung der EZB Argumente, die Leitzinsen noch mindestens zweimal anzuheben.

Deutschland Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 03/2002 – 03/2023

Großbritannien

Konjunktur- und Preisentwicklung

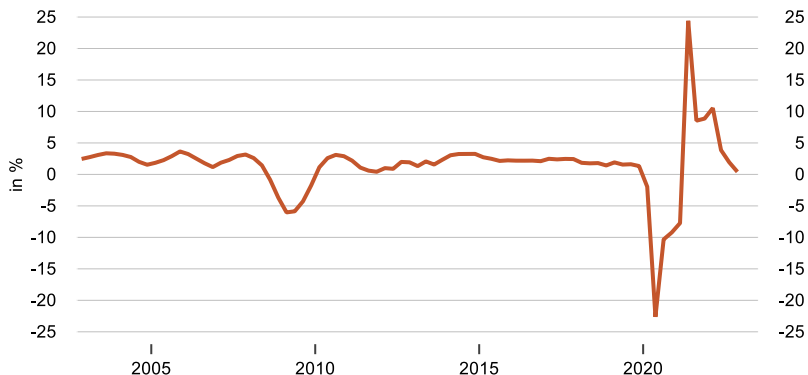


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Leichter Rückgang der Inflation

- Die Inflation ist im Vorjahresvergleich im März von 10,4 % im Februar auf 10,1 % gefallen und liegt damit leicht über der Bloomberg-Erwartung von 9,8 %. Die Kernrate der Inflation ist unverändert bei 6,2 %. Der Inflationsdruck dürfte sich jedoch durch eine Bereinigung der Basiseffekte in den nächsten 12 Monaten beruhigen und sich im Jahr 2024 an dem Inflationsziel der Bank of England von 2 % orientieren.
- Die positiven Inflationsdaten im März und die Lohndaten aus dem Februar sprechen für eine weitere Zinserhöhung. Wir erwarten, dass die Bank of England die Zinsen um weitere 25 Basispunkte auf 4,5 % in ihrer Sitzung im Mai anheben wird.

Großbritannien BIP-Wachstum (ggü. Vorjahr)



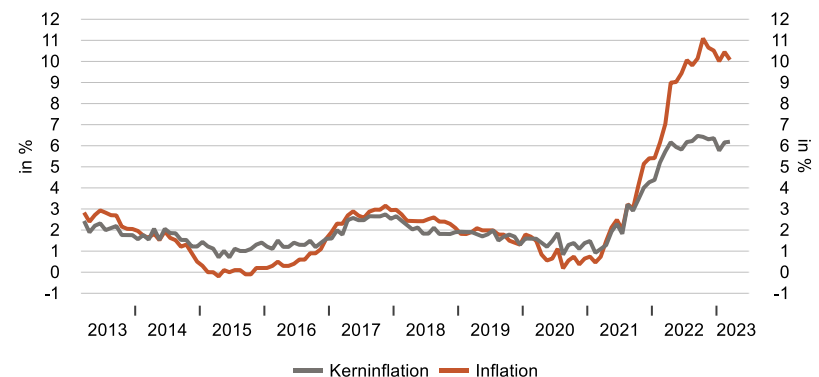
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 12/2002 – 12/2022

Robuste Arbeitsmarktdaten

- Die Arbeitslosenquote ist im Februar um 0,1 Prozentpunkte auf 3,8 % gestiegen und liegt damit deutlich unter unseren Erwartungen für Q1 von 4,7 %. Die Beschäftigung im Dreimonats-Vergleich ist nach einem Anstieg von 69.000 im Januar im Februar um 169.000 gestiegen.
- Das Lohnwachstum (ohne Boni) liegt nach wie vor bei 5,9 % und damit über der Bloomberg Erwartung von 5,1 %. Die höheren Löhne sind auf die Kompensation der Realeinkommensverluste durch die hohe Inflation zurückzuführen und dürften dementsprechend eher ein einmaliger Effekt als der Beginn einer Lohn-Preis-Spirale sein.

Großbritannien Inflation (ggü. Vorjahr)



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 03/2013 – 03/2023

USA

Konjunktur- und Preisentwicklung

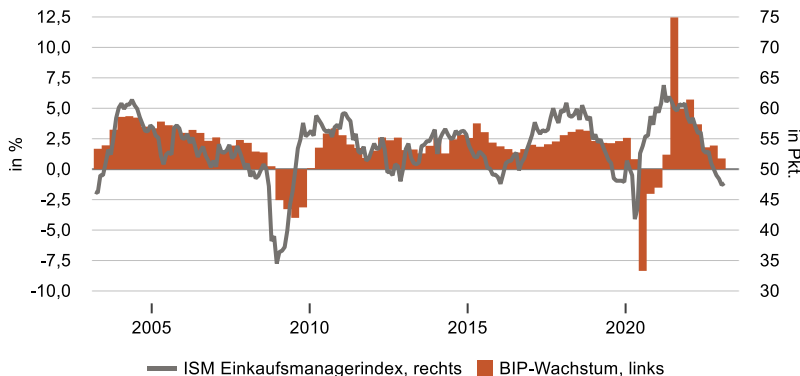


BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

Arbeitsmarktdaten sprechen für 25-Zinsschritt im Mai

- Die Beschäftigung ist im März um 236.000 im Vergleich zum Vormonat gestiegen, knapp über der Bloomberg-Erwartung von +230.000. Der Beschäftigungsanstieg der letzten Monate spiegelt die Widerstandsfähigkeit des Arbeitsmarktes wider. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit hingegen ist den zweiten Monat in Folge gesunken und liegt damit wieder auf dem Vor-Corona Niveau. Der durchschnittliche Stundenlohn ist mit 0,3 % gegenüber dem Vormonat nur leicht gestiegen.
- Aufgrund der nach wie vor robusten Arbeitsmarktdaten erwarten wir, dass die Fed auf ihrer Sitzung am 02./03. Mai den Zinssatz um weitere 25 Basispunkte heben wird.

USA BIP-Wachstum und Einkaufsmanagerindex



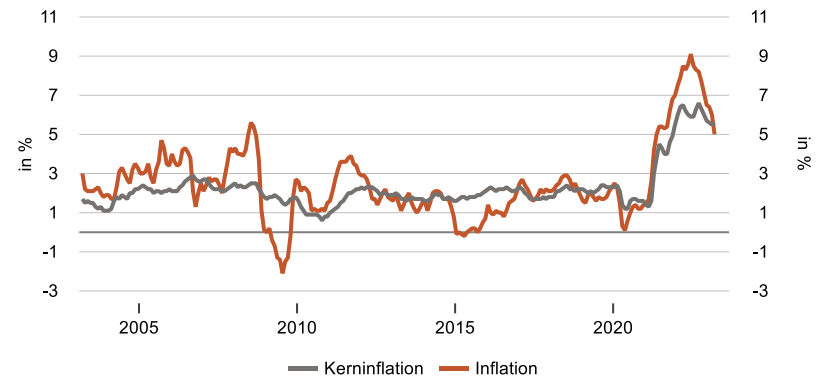
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 03/2002 – 03/2023

Deutlicher Rückgang der Inflation

- Die Inflationsrate ist etwas stärker gesunken als erwartet: von 6,0 % im Februar auf nun 5,0 % im März. Hingegen ist die Kernrate leicht von 5,5 % auf 5,6 % gestiegen. Damit liegt die Kernrate nun also über der Gesamtinflation. Für die US-Notenbank liefern die Daten also ein gemischtes Bild. Der starke Rückgang bei der Gesamtinflation ist erfreulich, der Anstieg der Kernrate deutet aber auf ein hartnäckigeres Problem hin.
- Die Produzentenpreise sind im Vormonatsvergleich um 0,5 % zurückgegangen. Im Vorjahresvergleich sind sie von 4,9 % auf 2,7 % gefallen. Da die Produzentenpreise ein vorlaufender Indikator sind, sind die Zahlen erfreulich.

USA Inflation (ggü. Vorjahr)



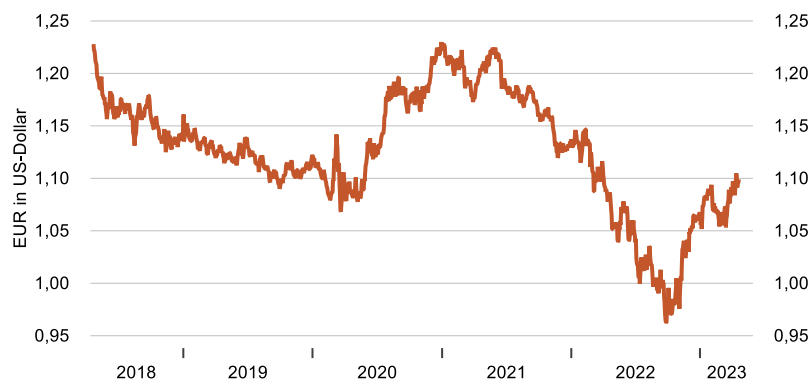
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 03/2003 – 03/2023

Euro setzt Aufwärtstrend fort

- Der Euro bleibt stark und notiert über der Marke von 1,10 US-Dollar je Euro. Der Wechselkurs hat damit schon einen guten Teil seiner Erholung, die wir für das Jahr 2023 erwartet haben, hinter sich. Wir sehen im Jahresverlauf noch Luft bis etwa 1,15 US-Dollar je Euro.
- Der US-Dollar hat auch von geopolitischer Seite etwas Gegenwind. Die Bestrebungen, den Dollar als Transaktionswahrung zurückzudrängen, haben Spuren hinterlassen. Ein Abgesang für die amerikanische Währung kommt aber – mal wieder – zu früh. Der US-Dollar wird seine Rolle als Weltleitwahrung nicht verlieren.

Wechselkurs EUR/USD



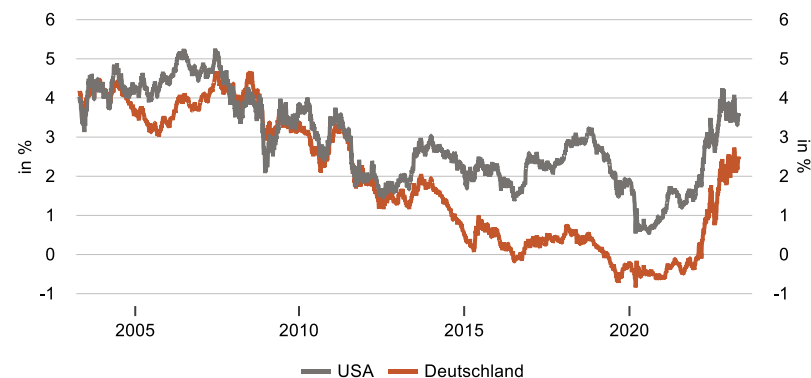
Quelle: Macrobond

Zeitraum: 04/2018 – 04/2023

EUR/USD-Kurs: Zeichen der Normalisierung

- Der Aufwind für den Euro ist nicht zu übersehen. Allerdings kann man weder von einer echten Euro-Stärke sprechen noch zeigt sich eine ausgeprägte Dollar-Schwäche. Vielmehr werden die ungewöhnlichen Treiber des vergangenen Jahres nach und nach ausgepreist. Der Dollar wird nicht mehr so sehr als „Safe haven“ gebraucht und in der Wirtschaft der Eurozone sind die düstersten Befürchtungen nicht eingetreten. Die Risiken werden also neu bepreist.
- Nun richtet sich der Blick allmählich wieder auf die Zentralbanken, die Anfang Mai ihre Zinsentscheidungen treffen werden.

Rendite 10-jähriger Staatsanleihen



Quelle: Macrobond

Zeitraum: 04/2003 – 04/2023

Kapitalmarktprognosen



BERENBERG
PRIVATBANKIERS SEIT 1590

			Aktuell	Prognose	
			21.04.2023	31.12.2023	30.06.2024
Aktienmärkte	USA	S&P 500	4.133	4.150	4.350
		DAX	15.881	16.200	17.300
	Europa	EURO STOXX 50	4.408	4.350	4.700
		MSCI Großbritannien	2.272	2.350	2.500
Rentenmärkte	USA	Fed Funds	4,75-5,00	4,75-5,00	4,00-4,25
		10 Jahre	3,57	3,50	3,70
	Euroland	Hauptrefinanzierungssatz	3,50	4,00	4,00
		10 Jahre*	2,48	2,70	2,80
	Großbritannien	Bank Rate	4,25	4,00	3,50
		10 Jahre	3,75	3,70	3,70
Währungen	USA	EUR/USD	1,09	1,15	1,17
	Schweiz	EUR/CHF	0,98	1,02	1,02
	Großbritannien	EUR/GBP	0,88	0,85	0,85
	Japan	EUR/JPY	147	144	147

*Bundesanleihen.



Wirtschaftliches Umfeld

	BIP					Inflation				Arbeitslosenquote				Saldo Staatshaushalt			
	Anteil	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025	2022	2023	2024	2025
Welt*	100,0	3,0	2,1	2,3	2,6												
USA	23,7	2,1	0,6	0,7	2,1	8,0	4,2	2,6	2,4	3,6	4,1	4,7	4,2	-10,0	-6,8	-5,5	-3,6
China	18,3	3,0	5,7	4,1	4,0	2,0	1,9	2,4	2,3	4,1	4,1	4,1	4,2	-4,2	-4,0	-3,5	-2,5
Japan	5,1	1,0	1,3	1,2	1,6	2,5	2,3	1,2	0,8	2,6	2,5	2,5	2,5	-6,5	-5,3	-4,0	-3,0
Indien	3,3	7,0	6,5	6,7	6,0									-7,0	-6,5	-6,0	-6,0
Lateinamerika	5,2	2,5	1,0	2,4	2,5									-6,0	-5,5	-4,5	-4,5
Europa	26,2	3,0	0,4	1,4	1,4												
Eurozone	15,0	3,5	0,9	1,5	1,6	8,4	5,5	2,5	2,5	6,7	6,6	6,0	5,2	-3,7	-3,0	-2,3	-2,0
Deutschland	4,4	1,9	0,3	1,4	1,5	8,7	6,0	2,4	2,5	3,1	2,9	2,5	2,1	-2,6	-2,0	-1,4	-1,1
Frankreich	3,0	2,6	0,8	1,7	1,7	5,9	5,6	2,3	2,5	7,3	7,0	6,4	5,6	-5,2	-5,1	-3,8	-2,9
Italien	2,2	3,8	0,6	1,1	1,1	8,7	6,1	2,0	2,4	8,1	8,1	7,5	6,6	-5,5	-5,0	-3,5	-2,5
Spanien	1,5	5,5	1,3	1,8	2,0	8,3	3,7	2,6	2,7	12,9	13,0	12,1	10,9	-5,1	-4,4	-3,1	-2,2
Portugal	0,3	6,7	1,1	2,1	2,1	8,1	5,4	2,6	2,6	6,0	6,8	6,3	5,7	-1,9	-1,4	-1,0	-0,9
Anderes Westeuropa																	
Großbritannien	3,3	4,1	0,2	1,5	1,7	9,1	6,9	2,1	2,4	3,7	4,1	4,0	3,6	-7,7	-4,2	-3,5	-2,8
Schweiz	0,8	2,0	0,6	1,4	1,2	2,7	2,2	1,3	1,5	2,2	2,4	2,1	1,8	-0,4	-0,2	0,9	0,2
Schweden	0,7	2,8	0,0	1,7	1,6	8,1	6,0	2,2	2,4	7,5	7,9	7,5	6,8	0,0	0,0	0,2	0,4
Osteuropa																	
Russland	1,8	-4,0	-3,5	-1,5	-1,5	13,8	7,0	5,0	4,5	4,0	5,0	6,0	7,0	-2,5	-3,0	-2,5	-2,0
Türkei	0,8	5,0	2,5	2,5	2,0	72,3	45,0	25,0	20,0	10,5	10,5	10,5	10,5	-4,0	-4,5	-4,5	-4,0

Quelle: Arbeitslosigkeit: ILO/Eurostat Definition; Saldo Staatshaushalt in % des BIP

* Zu tatsächlichen Wechselkursen nicht Kaufkraftparität KKP würde den schnell wachsenden Schwellenländern mehr Gewicht beimessen

Anteile basieren auf BIP-Zahlen des IWF World Economic Outlook 2022.